

Bürgerschaftsabgeordneter Keskin kritisiert die SPD

wis – Der einzige nicht aus Deutschland stammende Bürgerschaftsabgeordnete Hamburgs, Hakki Keskin (SPD), hat in einer mehrseitigen Stellungnahme erklärt, warum er nicht wieder für die Bürgerschaft kandidiert hat. Danach fühlt sich der Politologe von der Ausländerpolitik der SPD enttäuscht. „Ich will kein Alibi-Ausländer im Parlament sein“, sagte Keskin der WELT.

Keskin hatte maßgeblich an einem Konzept zur Ausländerpolitik mitgearbeitet, das der Sozialausschuß nach ausführlichen Diskussionen mit Staatsräten, Senatoren und Amtsleitern verabschiedet hatte. Doch der Fraktionsvorstand, so Keskin, weigerte sich, das „Paket“ in die Bürgerschaft weiterzuleiten, und legte es, wie Keskin sagt, in einer „zur Unkenntlichkeit überarbeiteten Form“ dem Senat zur Ansicht vor.

In einem von der Bürgerschaft beschlossenen Antrag wurde der Senat aufgefordert, das in der Regierungserklärung vom 15. Dezember 1993

angekündigte Antidiskriminierungsgesetz endlich umzusetzen. Auch das Erlernen der Muttersprache sollte gefördert, das Staatsangehörigkeitsrecht erneuert, die Ausländerbehörde dezentralisiert werden. Doch nichts von alldem, so Keskin, geschah wirklich. „Keine der Maßnahmen wurde in der vergangenen Legislaturperiode in die Tat umgesetzt.“ Für Keskin hat damit die Politik ihre Glaubwürdigkeit verloren. Zugleich kritisierte er auch die Arbeitsstrukturen, die eine Diskussion von Argumenten mit der Fraktionsspitze nicht ermögliche. „Oft entscheidet die Fraktionsspitze ohne Berücksichtigung der Fachkenntnisse, weil sie diese gar nicht kennt“, prangert Keskin undemokratische Strukturen an. „Meine Fachkenntnisse sind hier also gar nicht gefragt.“ Keskin fühlte sich als Einzelkämpfer ohne Rückhalt. Für ihre uneingelösten Versprechen den Immigranten gegenüber habe die SPD am Wahltag die Quittung erhalten, meint Keskin.

Hamburger Abendblatt, 25. September 1997

Keskins Kritik

Der scheidende türkisch-deutsche Bürgerschaftsabgeordnete Hakki Keskin (SPD) hat seiner eigenen Partei schwere Vorwürfe gemacht. Beschlüsse der Bürgerschaft zur Ausländerpolitik seien vom SPD-geführten Senat nicht umgesetzt worden, kritisierte der Mitbegründer des Bündnisses türkischer Einwanderer. Wahlversprechen wie ein Anti-Diskriminierungsgesetz seien nicht eingehalten worden. Er sei als „Vorzeigetürke“ der falsche Mann, heißt es in der persönlichen Erklärung von Keskin.